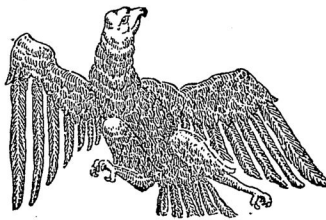


Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.
 Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgeb.
 Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, außer an Sonntagen und Feiertagen.
 Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köhnewitzstraße 87.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köhnewitzstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.
 Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum kostet 14 Pfennig, die 3spaltige Kleinzeile im Reklameteil und an der Spitze des Blattes 1,25 Reichsmark.
 Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt.
 Kl. Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fette Wörter 20 Pf.

Teltower Kreisblatt

Fernsprech-Anschluß: Täglich erscheinende Zeitung. Postfachkonto: Berlin 1519 51.
 Sammel-Pr. B 2 Bülow 671.

Nr. 34. Berlin, Donnerstag, den 9. Februar 1933. 78. Jahrg.

Reichstanzler Hitler über seine Mission

Berlin, 9. Februar.

Reichstanzler Adolf Hitler empfing Vertreter führender deutscher Tageszeitungen. Der Berliner Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ berichtet darüber u. a.:
 Der Reichstanzler legte ein grundsätzliches und sehr betontes Bekenntnis zur Pressefreiheit ab mit der Begründung, daß eine täglich und persönlich lokale Kritik auch von ihm anerkannt werde. Hitler drückte in diesem Zusammenhang sein Bedauern darüber aus, daß trotzdem sehr scharfe allgemeine Bestimmungen gegen die Pressefreiheit notwendig geworden seien. Das Verhalten einzelner Organe der Linken habe ihn aber dazu veranlaßt.

In der Ansprache fand ferner der tiefe Glaube des Kanzlers an die politische Mission der neuen Reichsregierung seinen Niederschlag. In diesem Zusammenhang zog Hitler eine historische Parallele zu der Zeit 1860—1870, in der sich auch gewaltige Ereignisse vollzogen hätten, ohne daß ein Teil der deutschen öffentlichen Meinung die Dinge immer richtig beurteilt habe.

Auch die Bedeutung der gewaltigen Persönlichkeit Wagners, dessen 50. Todestag am kommenden Sonntag von der Reichsregierung in Leipzig und Weimar feierlich begangen werde, sei erst spät allgemein anerkannt worden.

Hitler unterzog ferner die gegenwärtige politische Lage einer kurzen Unteruchung und wies in diesem Zusammenhang darauf, daß gegen die Regierung Hitler eine Mehrheit zustande kommen könnte, die aber rein negativen Charakter hätte. Die einzige Mehrheit, die zu positiver Leistung imstande sei, sei die, die sich zu der amtierenden Reichsregierung betenne.

Der starke Glaube, von dem der Reichstanzler durchdrungen ist, kam noch in verschiedenen anderen Wendungen zum Ausdruck. So betonte Hitler u. a., daß er sein Amt erst ausgeben werde, wenn er die Überzeugung habe, daß seine Mission erfüllt sei. Der deutschen öffentlichen Meinung könne er versichern, daß es in zehn Jahren keinen Marxismus in Deutschland mehr gebe.

Abschließend erklärte Hitler, daß er immer nur das tun werde, was er für die deutsche Zukunft als notwendig ansehe. Er sei bereit, deshalb auch jede Unpopularität auf sich zu nehmen, „und wenn mich die ganze Nation mit Steinen bewerfen sollte.“

Der Presservertreter bemerkt zu den Ausführungen des Reichstanzlers: „Das politische wesentliche an den Ausführungen Hitlers scheint uns vor allem sein starkes Bekenntnis zu der Mission des amtierenden Reichskabinetts zu sein. Wir glauben daraus schließen zu können, daß Hitler persönlich entschlossen ist, die am 30. Januar geschlossene Kampfgemeinschaft auch über den 5. März hinaus, fortzuführen.“

Wirtschaftsfragen im Reichskabinett

Berlin, 9. Februar.

Das Reichskabinett beriet am Mittwochnachmittag eine Reihe finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen sowie Maßnahmen zur Linderung schwerer wirtschaftlicher und sozialer Schäden. Die Beratungen hierüber werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Das Kabinett verabschiedete eine Verordnung, die die Aufnahme von Darlehen der Gemeinden für die Arbeitsbeschaffung ermöglichen soll. Es ist nämlich die Befreiung aufgetreten, daß die Darlehensaufnahme durch die

Amtliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Inzeratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

L. 559/33. Neuerer Schutz der Sonn- und Feiertage.

Die Ortspolizeibehörden weisen ich auf den Kundenausschuss des Herrn Müllers des Innern (R. d. R.) vom 26. Januar 1933 — II. E. 5503 III/32 — besonders hin und ersuche um genaue Beachtung.
 Berlin, den 6. Februar 1933.
 Der Landrat des Kreises Teltow. J. W. Schröder.

V. A. 43/33. Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Reichsverwaltungsamts hat der Vorstand der Schmiede-Berufsgenossenschaft (Reichsunfallversicherung) in Berlin-Dahlem Herrn Rudolf Cyrus in Götz, Reichardbrunnstraße 26, als technischen Aufsichts- und Rechnungsbeamten mit Wirkung vom 1. Dezember 1932 ange stellt.
 Berlin, den 1. Februar 1933.
 Der Vorsitzende des Verwaltungsamts des Kreises Teltow. J. W. Schröder.

Auflösung der Gemeindevertretungs Körperschaften ins Stotlen geraten könnte. Darum wird grundsätzlich festgestellt, daß die Entscheidung bis zur Feststellung des Wahlergebnisses vorbehalten bleibt.

Dr Ernst bleibt Bankenkommisnar

In der Presse sind verschiedentlich unklare Darstellungen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Staatssekretärs Dr. Ernst aus seinem Amt als kommissarischer Leiter des preußischen Handelsministeriums enthalten. Von unterrichteter Seite wird betont, daß Dr. Ernst selbstverständlich sein Amt als Bankenkommisnar beibehält.

Selbte Leiter der Jugendberufshilfe

Berlin, 9. Februar.

Wie verlautet, wird Reichsarbeitsminister Selbte, der auch das Amt des Bankkommisnars für den Arbeitsdienst übernimmt, in den nächsten Tagen zum Reichskommisnar für die Jugendberufshilfe ernannt werden. In der Hand des Arbeitsministers sind dann alle Aufgaben vereinigt, die sich mit der Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen befassen.

Die unrnsttens Auflösung

Zweite Klage Preußens beim Staatsgerichtshof

Berlin, 9. Februar.

Die Regierung Braun hat eine zweite Klage beim Staatsgerichtshof fertiggestellt, die am Mittwoch in Leipzig überreicht worden ist. Es handelt sich um eine Klageschrift des Staatsministeriums bzw. des Freistaates Preußen gegen das Deutsche Reich und den Reichskommisnar für das Land Preußen, von Papen, wegen der Auflösung des Preußischen Landtags. Die Klageschrift richtet sich gegen die nach Aufhebung der Staatsregierung verfassungswidrige Auflösung des Preußischen Landtags mit dem Antrag, daß der Staatsgerichtshof entscheiden wolle:

1. Die am 6. Februar durch den Reichskommisnar von Papen und den Präsidenten des Preußischen Landtags, Herrl. ausgesprochene Auflösung des am 24. April 1932 gewählten Preußischen Landtags steht mit der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung nicht im Einklang und ist daher ungnltig.

2. Der Reichskommisnar für das Land Preußen durfte eine Neuwahl zum Preußischen Landtag nicht anderaumen; die von ihm anderaumete Neuwahl ist ungnltig.
 Der Klageschrift ist eine ausführliche Begründung beigegeben.

Württemberg und Preußenklage

Die Württembergische Regierung wird, wie das dem Staatspräsidenten Dr. Bofz naheliegende „Deutsche Volksblatt“ (Zentrum) berichtet, in den neuen Konflikt zwischen Reich und Ländern nicht aktiv eingreifen. Sie habe sich nach dem 20. Juli vergangenen Jahres eine weitgehende Zurückhaltung auferlegt, ohne dabei die nachdrückliche Vertretung der Landesinteressen außer acht zu lassen. Sie werde auch jetzt ein aktives Vorgehen der alten preußischen Regierung und den preußischen Landtagsparteien überlassen.

Haltung der bayerischen Staatsregierung

Die in der Presse auftauchenden Nachrichten über die Haltung der bayerischen Staatsregierung zu der durch die Notverordnung vom 6. Februar geschaffenen Lage werden an zuständiger bayerischer Stelle als Kombinationen ohne irgendwelche Grundlage bezeichnet. Ueber das weitere Vorgehen der bayerischen Staatsregierung werde strengstes Stillschweigen gewahrt. Bayern werde im geeigneten Augenblick die ihm richtig erscheinenden Schritte unternehmen.

Keine Eisenverbindung der Rechten?

Berlin, 9. Februar.

Von deutschnationaler Seite wird demieriert, daß eine Vorhandlung der Deutschnationalen Volkspartei sich mit der Frage eines Zusammengehens der Parteien und Gruppen vor der Rechten beschäftigen habe. Es wird hinzugefügt, daß der Vorstand erst am Sonnabend zusammenetrete, und daß man die Möglichkeit einer solchen Vereinigung schon aus technischen Gründen mit Rücksicht auf die für die Wahl vorgeschriebenen Fristen nicht für möglich halte.

Eisenverbindung Staatspartei-SPD

Berlin, 9. Februar.

Der Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei stimmte der vorgeschlagenen Eisenverbindung zwischen SPD und Deutscher Staatspartei zu. Bei dieser Eisenverbindung, so wird betont, handle es sich um eine rein technische Maßnahme; die Staatspartei bleibt selbständig.

Der Parteiauschuß hat weiter beschlossen, die seitherige Reichs- bzw. Landesliste für die bevorstehenden Wahlen beizubehalten und stimmte schließlich zu, daß der Parteitag der für den 12. März festgesetzt war, um 14 Tage auf den 26. März verschoben wird. Tagungsort bleibt Frankfurt am Main.

Aufruf des Zentrum-Arbeiterbeirates

Der Reichsarbeiterbeirat der Zentrumspartei erklärt anfänglich der kommenden Reichstagswahl einen Aufruf an die christliche Arbeiterschaft, in der er u. a. auf die Rolle des Zentrums bei den jüngsten innerpolitischen Ereignissen in Deutschland eingeht. Die deutsche Zentrumspartei, so heißt es, habe sich in den letzten Tagen erneut als Hort der Lebensrechte des arbeitenden Volkes erwiesen.

Die Stimmabgabe auf der Leipziger Messe

Keine Beeinträchtigung der Messebesucher.

Berlin, 9. Februar.

Da am 5. März, dem Tage der Reichstagswahl, gleichzeitig auch die Leipziger Messe beginnt, ist in den an der Messe interessierten Kreisen eine gewisse Besorgnis entstanden. Man befürchtet eine Beeinträchtigung des Eröffnungsgeschäftes durch die Reichstagswahl.

Von zuständiger Seite wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in der Vorbereitung des Reichsinnenministers über die Durchführung der Wahl auch Bestimmungen enthalten sind,

die die Stimmabgabe auf der Leipziger Messe regeln. Entsprechend den Bestimmungen für die Stimmabgabe im Reiseverkehr werden bestimmte Stimmlokale für die Messe eingerichtet werden, die den ganzen Tag für Wahlberechtigte mit Wahlscheinen zur Verfügung stehen.

Hochwasser der Oder

Weite Strecken überschwemmt.

Ratibor, 9. Februar.

Die Oder ist bis zu einem Pegelstand von vier Metern gestiegen. Das Hochwasser steigt weiter. Die Niederungen oberhalb und unterhalb von Ratibor stehen bereits auf weite Strecken unter Wasser. Infolge des starken Eisganges wurden zwei Holzbrücken über die Malapane, einen Nebenfluß der Oder, zerstört.

Das linksseitige untere Negebruch betroffen.

Während sich die Hochwasserfahrzeuge für das rechtsseitige untere Negebruch mit dem Randanfall und dem großen Schöpfwerk bei Zantoch sich jetzt gut bewähren, müssen die Gemeinden links der Nege wieder alle Mähe des Hochwassers ausstehen.

Die Gemeinden Annenau, Marienweide, Eipfeschbruch stehen unter Wasser, das sichtlich bis Eipfe an den weingesütteten Deich, der leider noch keinen Anschlag an den Polyhöhener Deich gefunden hat, reicht. Ebenso haben die Gemeinden Louisenau und Polyhöhener Holländer stark unter Hochwasser zu leiden. Seit zehn Jahren haben die Gemeinden um Eipfe, linksseitig der Nege, Hochwasser.

Die Bemohrerenschaft hat deshalb an maßgebender Stelle beantragt, die Gemeinden durch Eindeichung vor dem ewigen Hochwasser zu schützen, um dadurch 200 Weßiger, die an und für sich schon durch die hohe Belastung einen schweren Existenzkampf führen, vor dem sicheren Untergang zu bewahren.

Arbeitsmarktlage unverändert

Annahme in Berlin — Zunahme in der Provinz.

Die Zunahme an Arbeitssuchenden mit insgesamt 519 Personen bis zum 31. Januar blieb gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (5028) in der Gesamtzahl erheblich zurück.

Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden (903 785) erhöhte sich um 519 Personen auf 904 304 Personen. Davon entfielen auf Berlin 668 373 (670 451), Brandenburg 220 436 (215 726) und Grenzmarkt Polen-Westpreußen 18 495 (17 608).

An Unterstützungsbeziehern waren in der Arbeitslosenversicherung 140 720 (129 877) Personen zu verzeichnen, davon in Berlin 85 247 (81 591), Brandenburg 50 383 (43 805) und Grenzmarkt Polen-Westpreußen 5090 (4481). In der Kriegsjahre betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 167 781 (161 528), Brandenburg 47 334 (44 464), Grenzmarkt Polen-Westpreußen 4450 (4058), zusammen 219 515 (210 040) Personen. Wohlfahrtsverwerbslose wurden am 31. 1. 1933 als vorläufiges Ergebnis im Gebiete des Landesarbeitsamts Brandenburg 329 906 gezählt, davon von Berliner Arbeitsämtern 256 430. (In Klammern die Zahlen vom 15. 1. 1933).

Aus dem Kreise und der Provinz.

Die Neuwahl des Provinziallandtags Landesrat Steinbach Wahlleiter.

Aus Anlaß der durch die Verordnung des preussischen Staatsministeriums vom 4. Februar 1933 erfolgten Auflösung der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände trat der Brandenburgische Provinzialausschuß im Landeshause zur Berlin unter dem Vorsitz des Landesrats Weinger-Jüterbog zu einer Sitzung zusammen, um die zur Neuwahl des Provinziallandtags erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Zum Wahlleiter für die Provinziallandtagswahl wurde Landesrat Steinbach, als dessen Stellvertreter Landesrat Calow bestellt. Die Zahl der Provinziallandtagsabgeordneten für die ganze Provinz wurde auf 96 festgelegt, wovon je 48 auf die beiden Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) entfielen.

Der Wahlkreis Stadtkreis Mittendree wird mit dem Wahlbezirk Kreis Westprignitz zu einem Wahlbezirk vereinigt. Wahlleitende Beiräte für den vereinigten Wahlbezirk ist der Kreisvorsitzende des Kreises Westprignitz.

Als Nachfolger für das durch Niederlegung seines Amtes aus dem Provinzialausschuß ausgeschiedene Mitglied Staatssekretär Dr. Wislotz wurde der Hauptkammerdirektor von Quast-Wigal festgelegt, als dessen Stellvertreter im Provinzialausschuß Kammergerichtsrat Dr. Gerloff-Persberg ernannt.

Nach Beschlußfassung über Stundung von Darlehensanträgen aus der ufermächtigen Umwelterforschungsaktion 1927 und von Beiträgen zur Witwen- und Waisenversorgungsanstalt sowie zur Rubelgehaltstafel wurde die nächste Sitzung des Provinzialausschusses auf den 21. Februar anberaumt.

Kredit und Vertrauen

Der Ruf nach staatlicher Hilfe und Unterstützung wird häufig verbunden mit einer übertrieben ungnädigen Darstellung der eigenen Verhältnisse. Die betreffenden Wirtschaftskreise verneinen, daß die Überbetreibungen schnell beseitigt werden, und daß dann ihre wirkliche Lage leicht unterschätzt wird. Aber auch sonst haben solche Überbetreibungen noch. Wie oft z. B. kommen Klagen über Kapital- und Kreditmangel. Aber welcher vernünftige Mensch, welches Geschäft wird seine eigenen oder die ihm anvertrauten Verhältnisse in eine Geschichte, an eine Berufsgruppe oder an einen Betrieb ausweisen, die Verhältnisse immer schwarz in schwarz gezeichnet werden.

Der Kredit folgt dem Vertrauen, das ist eine alte Erfahrung. Wer kein Vertrauen genießt, bekommt keine oder nur sehr teure Darlehen. Diejenigen, die in den letzten Jahren das Vertrauen zu sich untergraben haben, ziehen jetzt die bittere Lehre, daß auch die Hilfsmittel des Staates sehr bedrängt sind und daß Selbsthilfe höherer und besser ist. Die Selbsthilfebestrebungen gewinnen neuerdings Kraft an Boden. Wenn Sparen, einsehen der Sparanlagen bei den Sparkassen. Zwar ist Kapital in Deutschland aus vielen Gründen sehr knapp. Aber das Sparvermögen der ausfalliger Angst geschämterter Bantnoten, die härteren Einzahlungen bei den Sparkassen und manche anderen Anzeichen berechtigen zu der Hoffnung, daß allmählich auch in Deutschland wieder eine normale Kreditpolitik möglich wird.

Übertragender Erfolg der Winterhilfe. Die Winterhilfe-Aktion hat im Monat Januar einen Verlauf genommen, dessen Erfolg alle Erwartungen übertrifft. Allein 4370 Waggons waren erforderlich, um die Liebesgaben an ihren Bestimmungsort zu schaffen, und der Frachtwert dieser Mengen befreit sich auf rund 330 000 Mark, die also die Reichsbahn ihrerseits spendet, da sie für die Transporte Frachtfreiheit gewährt. Der Schwere dieser Sendungen geht in die Millionen. Vor allem sind es Naturalfrachten, die mit größter Opferwilligkeit gegeben werden, und diesmal sind es besonders Süddeutschland und der deutsche Osten, die sich an Gesehrigkeit hervorruhen. Die Organisation und Persönlichkeiten, die vor allem an der Aktion tätig sind, hatten bedacht, daß die Verhältnisse der Zeit das Hilfswerk beeinträchtigen könnten, aber die Bevölkerung zeigte einen Opfergeist, der um so übertragender kommt.

Wito-Wanderung. Sonntag, den 12. Februar: Geographische Wanderung ins Dahme-Spreetal. Schmöwitz-Golener Berge-Wernsdorf (Pah)-Wernsdorfer Berge-Neuzittau (Stadtfahrtgelegenheit)-Hohenfinde-Grüner. Führung: Dr. Joh. Mat. Ewe. 15 Kilometer. Treffpunkt Schmöwitz 10 Uhr, an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 86 (ab Bahnhof Köpenick und Grünau). Mitglieder und Gäste frei.

Nowawes und Umgebung.

Nowawes. Die Gruppe hat nach Feststellungen des Stadtrates Dr. Traube in den Nowaweser Säulen erheblich zugenommen, so daß ganze Sockellisten, namentlich im Damm, geschlossen werden mußten.

Bermittelt wird seit dem 5. Februar die 17jährige Charlotte Kusche, wohnhaft Großbeerenstraße. Sie ist 1,50 Meter groß, hat dunkelblonde Haare und volles, frisches Gesicht. Bekleidet war sie bei ihrem Weggange mit schwarzer Wassenmütze, dunkelblauem Mantel mit Pelztragen, braunen Strümpfen und schwarzen Spangenschuhen, sowie einem dunkelblauen Kleid mit rotem Kragen.

Erweiterung des Goethefriedhofes bevorstehend. An zuständiger Stelle wird der zunehmende Bedarf des Regierungspolizeibeamten zur Erweiterung des Goethefriedhofes nach im Laufe dieser Woche erwartet. Sofort nach Eintreffen des Beschlusses sollen die Kleingärtner zum Umzug umgeleitet werden. Die Planierungsarbeiten zur Vorbereitung des Friedhofsgeländes, sowie Holzfallarbeiten sollen vom freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt werden. Ebenso sollen die Siedlerstellen im Lammgebiet vom freiwilligen Arbeitsdienst rigiert werden. Demangelt wird in vielen Kreisen der Bevölkerung, daß noch nicht an die Erweiterung der Kapelle auf dem Goethefriedhof gedacht worden ist. Die Kapelle erweitert sich bei aller Trauerfeier als viel zu klein, um die Schaar der Trauerzüge aufnehmen zu können, die bei schlechtem Wetter draußen stehen müssen.

Trebbin und Umgebung.

Trebbin. Neuzeitlicher Pflanzenversuch. Ueber dieses Thema hat am Montag, den 20. d. Mts., im Hotel Nehler der Direktor der Biologischen Versuchsanstalt, Professor Dr. Ludwig, im Rahmen einer Veranmlung des Obst- und Gartenbauvereins Trebbin einen Vortrag.

Warnung. Wie die Polizeiverwaltung mittelst, ist wiederholt beachtet worden, Müllhaufen aus der Umgebung auf ihren Fabriken zu überfallen und zu veranlassen.

Es ist bisher gefungen, von den Anschlägen jedesmal vorher Kenntnis zu erhalten und sie zu vereiteln. In einem der letzten Fälle handelt es sich um zwei entlaufene Führerzöglinge der Kämpfe Strassowitz, die nach westlich in Berlin geflohen werden konnten. Es wird dringend zur Voricht gemacht.

Zossen und Umgebung

Sperenberg. Goldene Hochzeit. Heute feiert das Ehepaar Bauernalters R. für das Fest der goldenen Hochzeit. Die Eheleute erfreuen sich noch einer guten Kräftigkeit und einer allgemeinen Beliebtheit. Herr Klar ist als früherer langjähriger Gemeindevorsteher, als Ringenleiter und Mitglied des Kreisratvorsitzenden ein über die Grenzen der Gemeinde hinaus bekannter und geachteter Mann. Soffentlich ist ihm und seiner Ehefrau ein freundlicher Lebensabend beschieden.

Mittenwalde und Umgebung.

Mittenwalde. Die Ortsgruppe des Frauenlandbundes Teltow-Großbeeren (G. B. U. V.) veranstaltete in der vorigen Woche unter Leitung der landwirtschaftlichen Lehrerin Frau von Lieres einen zweitägigen Lehrgang in Milchverarbeitung. In dem gut besuchten Kursus wurde die Zubereitung von warmer und kalter Speisen aus Milch, saurer und sicker Milch, sowie aus Buttermilch gelehrt. Auch die verschiedenen Käsearten wurden hergestellt. Alles gelang ausgezeichnet, denn als abends die Gäste probieren durften, war in der kürzesten Zeit alles verilgt. Der Ortsgruppenvorsitzenden Frau Anna Richter gebührt großer Dank für das Zustandekommen des Lehrganges.

Zum „Notwert der deutschen Jugend“ wurde am Montag in der Stadtschule eine Vesperpredigt abgehalten, an der außer dem Bürgermeister und den Gemeindevorstehern der umliegenden Dörfer auch Vertreter der Geistlichkeit und Lehrerschaft sowie der Kreisjugendpfleger teilnahmen. Die Ansprache ergab, daß auf eine Beteiligung wollen die Kantorte selbst für ihre Jugend sorgen. In Mittenwalde haben sich bereits 17 Jugendliche gemeldet, die in einem Kursus vereinigt werden sollen. Es wird ihnen täglich kostenloses Mittagbrot, durch namhafte geliebte Jugendhilfe der Kirche ermöglicht, verabreicht. Nachmittags von 2—4 Uhr sind Turnen und Sport, von 4—6 Uhr Vorträge, Tischgespräche, musikalische Darbietungen u. a. in Aussicht genommen. Im Unterricht und freiwillige Mitarbeiter werden gebeten. Der Kursus beginnt voraussichtlich am Montag, den 13. d. M.

Königswusterhausen und Umgebung.

Königswusterhausen. Verbote Veranmlung. Eine vom Erwerbslosenauswich propagierte Veranmlung unter freiem Himmel war von der Ortspolizeibehörde verboten worden. Trotz des Verbotes veranmählten sich etwa 200 Personen und versuchten zu demonstrieren. Die Landräger, die durch ein Kommando Schulpolizei aus Potsdam unterstützt wurde, trieb die Veranmungen auseinander und verhinderte auch, daß größerer Zug von außerhalb nach Königswusterhausen gelangte.

Königswusterhausen. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatte sich der fleischweilner Eheg. aus Großbeeren zu verantworten, da er in geringer Menge kechaltige Gelatine der Säge zugelegt hatte. Da er bereits wegen eines ähnlichen Vergehens mit einer Geldstrafe vorbestraft ist, erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 400 Mark.

Der Kaufmann Albert R., früher in Senzig wohnhaft, hatte bei einer Firma größere Mengen Spirituosen bestellt und die Ware kommissionsweise erhalten. Er verbrauchte sie und blieb der Lieferfirma das Geld schuldig. Das Gericht sah die Sache nicht an und verurteilte ihn wegen Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zu einer Geldstrafe von 100 Mark, da er noch nicht vorbestraft ist.

Der Schneider Erich S. aus Nachmannsdorf wurde zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt, da er unberechtigterweise in Waltersdorf im November v. J. Kleidungsstücke angeboten und damit gegen das Wandergewerbegesetz verstoßen hatte. Trotz seiner lebhaften Anschuldigungsbekretung sah das Gericht ihn durch den als Zeugen vernommenen Oberlandjäger als überführt an.

Der Kraftfahrer und Agent Erich C. aus Wilsau hatte im Juli vorigen Jahres bei einem Schiedemittler in Schulzenhof einen Antrag auf Gewährung eines Darlehens abgelehnt, und zwar durch die Vorhaltung, der Schiedemittler würde schon nach zwei Monaten und nachdem er die fälligen Monatsraten bezahlt habe, das gewünschte Geld bekommen. Zu Willkür hätte dieser aber das Geld günstigerfalls nach zwei Jahren erhalten. Außerdem führte C. weder den Aufnahmchein noch die von ihm wiederholt einreichten Monatsbeiträge an die Gesellschaft ab. Wegen Verstoßes wurde er deshalb zu einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen verurteilt.

Mit einem Freispruch endete das Verfahren gegen den Arbeiter O. aus Großbeeren, der beschuldigt wurde, eine erhaltene Verbauarbeit unterzulegen zu haben. Er war starker Verdachtsgründe — O. kann nicht lagen, was die Uhr geblieben ist und glaubt, daß eine Vernehmung vorzogenommen ist — kam das Gericht mangels ausreichender Beweise zu einem Freispruch.

Brück. Erfolgreicher Elternprotest. Wir berichteten ausführlich über die Wilt des Bezirksrates Neufölln, die Kath.-Kollwitz-Schule vom Richardplatz in die Volksschule Bürgerstraße zu verlegen und die übrigen Volksschulen, einschließlich der Neufölln- und Söhren-Mädchenschule, auseinander zu reizen. Ein sehr beachtete Elternveranmlung, an der Vertreter von der Regierungsrat Dr. Wlod von Provinzialratkollegium u. a. erschienen war, verurteilte einstimmig dieses Vorhaben. Die Auslegung war so machbar und überzeugend, daß das Bezirksamt von seinem Vorhaben Wilsau nehmen muß. Es verließen nicht nur die Reste der Kath.-Kollwitz-Schule am Richardplatz, sondern die Eltern 1932 nach Brück verlegten Tertianer werden wieder zurückverlegt, so daß ein ungehörtes Fortbestehen dieser Anstalt gedeutet ist. Daneben bleiben die Volksschulen Bürger- und Johannstraße in ihren Räumlichkeiten, wie auch die Neufölln- und die Söhren-Mädchenschule.

Wilsau. Goldene Hochzeit. Am Sonntag feierte „Babe Reichel“ mit seiner Gattin Pauline geb. Richter in letzter geistiger und körperlicher Frische die goldene Hochzeit. Das Heim des seit neun Jahren im wohlverdienten Ruhestand lebenden Paares glück schon gegen Mittag einem Blumenhain. Unter den Gratulanten war auch das Neuföllner Krankenhaus, dessen erster Pfleger Vater Reichel lange Jahre gewesen ist. Am Nachmittag legten Herr Herr Neufölln als Zubehörspar in der Magdalenenstraße, an derselben Stelle, an der es vor 50 Jahren den Gegen der Kirche erhalten hat, ein in schlichter Weise feierte man dem in Potsdam-Ort im Kreise der nächsten Verwandten und guter Bekannten.

Zehendorf. In Abänderung des Spielplans der Stadtschule. Der geplanter in der geschlossenen Vorbereitung für Kinderbewilligte am Montag, 20. Februar, die „Der“ „Liefant“ von Eugen v. Albert zur Aufführung.

Zehendorf. Straßbenennungen. Der Polizeipräsident hat die Erlaubnis für die Benennung einer Straße nach dem früheren Oberpräsidenten und Minister des Innern Loebel erteilt.

Schule freigegeben — eine andere zum Teil geschlossen. Der Unterricht des seit vergangener Woche geschlossenen Gymnasiums konnte im beschränkten Ausmaß wieder aufgenommen werden. Wegen neuer Grippeerkrankungen wurden eine Sexta und Tertia der Oberrealschule geschlossen.

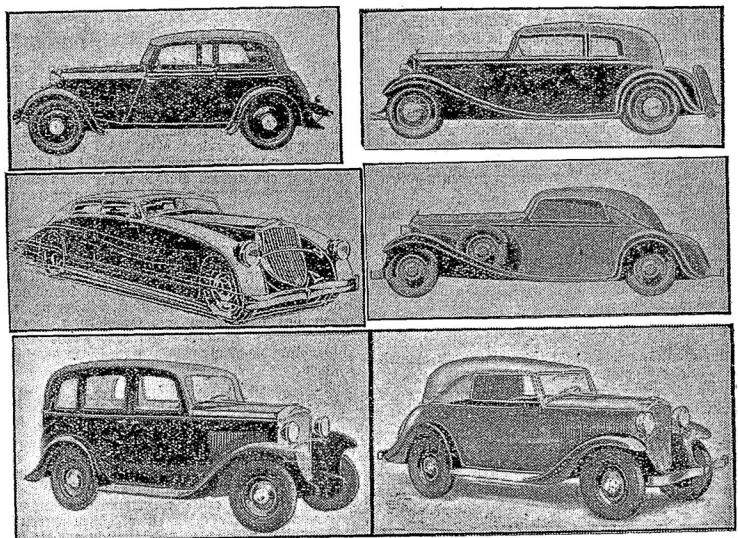
Arbeitsdienst für Mädchen. Der Gewerkschaftsbund der Angehörigen hat im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes ein Lager für Mädchen im hiesigen Jugendheim Marquardesoft eingerichtet.

Eberwarden. Am Tage der goldenen Hochzeit gefordert. Das Ehepaar August Münchhoff im Zerpenscheische konnte am Mittwoch das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Als Bekannte zur Gratulation erschienen, brach die Jubilarin zu zusammen. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein Ende bereitet. Die Verstorbene stand im 75. Lebensjahr, während der Ehemann bereits 85 Jahre alt ist.

Küstrin. Neuer Stabschef der Kommandatur. Als Nachfolger von Oberstleutnant von Obernitz, der als Kommandeur zum Heiler-Regiment 4 nach Potsdam versetzt worden ist, ist mit dem 1. Februar Major Wähler vom J. R. 6 als Chef des Stabes zur Kommandatur nach Küstrin versetzt worden.

Küstrin. Noch Eisstand. Die Eisstände, die am Dienstag auf der Oberstraße von Großsen abwärts in Gang gekommen sind, haben sich vor Küstrin bei der Abzweigung

Vor der Eröffnung der großen Berliner Automobil-Ausstellung.



Sechs neue Typen, die auf der Ausstellung gezeigt werden.

Oben links: MG-Vorberradantrieb-Wagen mit 6/30 PS, 4-Zylinder-Motor. — Oben rechts: Wanderer-Kabriolett mit 6-Zylinder-Motor und Schwingachsen. — Mitte links: Maybach-Stromlinienwagen „Zepellin“, eine Spitzenleistung der deutschen Luftwaffenindustrie. — Mitte rechts: Der neue Audi-front 6-Zylinder-Wagen mit Vorberradantrieb und Schwingachsen. — Unten links:

Der neue 1,2-l-Wagen von Opel mit verbesserter Karosserie. — Unten rechts: 4-türiges Opel-Kabriolett mit 1,8 l 6-Zylinder-Motor. — Vom 11. bis 23. Februar findet in Berlin die große Automobil-Ausstellung statt, auf der die neuesten Modelle der in- und ausländischen Autofabriken gezeigt werden.

Frankreich unbelehrbar
Paul-Boncour beharrt auf seinem Plan.

Genf, 9. Februar.

Die mehrtägige Debatte im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wurde mit einer fünfteiligen Rede von Paul-Boncour abgeschlossen.

Es ist besonders bemerkenswert, daß Frankreich an seiner Auffassung über die Sicherheitsfrage ohne jedes Entgegenkommen festhält, obwohl die Mehrheit der Abrüstungskonferenz ganz klar zu erkennen gegeben hat, daß die französischen Forderungen von der Konferenz nicht angenommen werden können.

Allgemein besteht der Eindruck, daß der französische Delegierte die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern der Abrüstungskonferenz denjenigen Mächten zuschieben wollte, die allzu klar zu erkennen gegeben haben, daß sie auf die französische Sicherheitsforderung nicht eingehen wollen.

Polen leckt ein

Warschau, 9. Februar.

Der polnische Außenminister Beck erklärt zur Stellungnahme Bolens in den letzten Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Kein deutsches Entgegenkommen

Abbruch deutsch-belgischer Kohlenverhandlungen.

Brüssel, 9. Februar.

Die vor einiger Zeit zwischen Vertretern des Ruhrkohlen Syndikats und den Delegierten des belgischen Bergbauvereins begonnenen Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-belgischen Kohlenabkommens sind abgebrochen worden.

Das deutsch-belgische Abkommen ist am 31. Januar d. J. abgefallen, und die belgischen Kohlenhändler hatten daraufhin in neuen Befragungen eine weitere Herabsetzung der deutschen Kohleneinfuhr gefordert.

Ein reiches Leben

Zum Tode des Grafen Apponyi.

Budapest, 9. Februar.

Mitten aus der politischen Arbeit heraus hat die Grippe den 84jährigen Grafen Albert Apponyi weggerafft. Trotz seiner hohen Jahre war er in Genf als Führer der ungarischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz eine der im Vordergrund aller diplomatischen Aktionen stehenden Persönlichkeiten, wie er es in den zehn Jahren, in denen er sein Land im Völkerbund vertritt, eigentlich immer gewesen ist.

Seine umfassende Kenntnis einer großen Anzahl von Sprachen, seine außerordentliche Rednergabe und seine starke Persönlichkeit stützen ihm wie selbstverständlich ein Ansehen, das in keiner Linie seinem Lande zuzuflehen, das er aber auch für die Sache der Minderheiten immer wieder mit fähbarem Erfolg eingestiftet hat.

Dieser Kampf für die Minderheiten ist zugleich einer der bemerkenswertesten Wendepunkte in dem an Spannungen und auch an Umschwüngen reichen politischen Leben Apponyis. Er hat vor dem Zerwürf der in Ungarn lebenden Minderheiten mit einer Schärfe betrieben, die ihn in schwere Kämpfe führte und die Erkenntnisse, die er aus den unerträglichen Ergebnissen der Friedensverträge gezogen hat, haben ihn dann in eine ganz andere Richtung geführt.

Pariser Initiative

Plan einer französischen Wirtschaftskonferenz.

Paris, 9. Februar.

Daladier beschäftigt, in Kürze eine französische Wirtschaftskonferenz einzuberufen, die zum allgemeinen politischen Programm der Regierung gehört.

lungen, der französische Abrüstungsplan sei als Diskussionsgrundlage sehr wertvoll gewesen, aber es habe sich gezeigt, daß die Ansichten immer weiter auseinandergingen, je weiter man die Beratungen auf politische Fragen ausdehnte.

Dies ergebe sich auch aus den Erklärungen der Vertreter Italiens, Belgiens, Englands und Deutschlands. Es zeige sich jedoch die Möglichkeit, wenigstens ein befriedigendes, aber reales Programm als Abschluß der ersten Etappe der Konferenzarbeiten zu verwirklichen.

Der rechtsstehende „Kurjer Warszawski“ bedauert, daß die polnische Improvisation den Eindruck eines Gegenstückes zwischen der Pariser und der Warschauer Politik entstehen ließe. Die regierungstreuenlichen Wäuter, „Kurjer Poranny“ und „Gepreh Poranny“, weisen den Vorwurf zurück, daß Polen aus Furcht vor der Aufrollung der Grenzfrage von dem französischen Sicherheitsplan abgerückt sei.

planes, womit ihrer Ansicht nach ein erster entscheidender Schritt zur Finanzsanierung getan sein würde. Hierauf gedente die Regierung, sich den eigentlichen Wirtschaftsaufgaben zuzuwenden.

Als überzeugter Anhänger des Freihandelsgedankens werde der Ministerpräsident sich bemühen, die Beziehungen zwischen Frankreich und seinem kolonialen Reich zu fördern. Die Regierung werde versuchen, die Verteilung der nationalen Produktion sowohl in Frankreich als auch in seinen verschiedenen kolonialen Besitzungen zu erleichtern.

Zu diesem Zweck studiere sie die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz. In einigen Tagen werde eine vorbereitende Kommission gebildet werden, die die Bedingungen, unter denen die Konferenz zusammentreten könnte, prüfen solle. Der Ministerpräsident wolle bei der Durchführung seines Planes nicht nur dem Ergebnis der französischen sondern auch den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz Rechnung fragen.

Chronik der Krawalle

Zusammenrottungen im Norden Berlins.

Im Norden Berlins, dem Schauplatz der Nachtmühen des Jahres 1929, wurden in einer Straße um Mitternacht plötzlich sämtliche Straßenlaternen ausgeschaltet und ein Schuß abgegeben. In der Straße bemerkte man größere kommunistische Kruppen. Um weitere Ausschreitungen zu verhindern, wurde die Straße durch Polizeibeamte geräumt.

Wegen des Feuerüberfalles auf das kommunistische Verkehrslokal „Kappjacht“ in Friedenau, bei dem die Inhaberin des Lokals tödlich verletzt wurde, ist gegen 15 Nationalsozialisten Haftbefehl erlassen worden.

Vor der Kapitulation

Neuer Junkspruch von der „Sieben Provinzen“.

Batavia, 9. Februar.

Bei den Niederländischen Regierungsstellen ist ein neuer Junkspruch von dem Panzerkreuzer „Sieben Provinzen“ eingelaufen, in dem die Befähigung ihre Kapitulation unter den von ihr früher gestellten Bedingungen anbietet. Weiter werden die Empfänger des Junkspruches gebeten, die übergeordneten Regierungstellen davon zu unterrichten, daß der Meuterei feindlich kommunistische Tendenzen zugrunde lagen und daß die Befähigung keine Gewaltakte beabsichtige, sie habe lediglich gegen die Befehlsgewalt und die Verhaftungen ihrer Kameraden protestieren wollen.

Der Kommandant der „Sieben Provinzen“ war gewarnt.

Batavia, 9. Februar.

Der Panzerkreuzer „Sieben Provinzen“ feht seine Fahrt südwärts in Richtung auf die Insel Engano fort.

Bei der Bevölkerung und namentlich in europäischen Kreisen, hat es Beunruhigung hervorgerufen, daß die Meuterei bereits vier Tage unbehindert längs der Westküste der Insel Sumatra kreuzt. Es sind sogar Befürchtungen laut geworden, daß die Meuterei aus reiner Uebermut die Küstengebiete besetzen könnten. Auf diese Befürchtung ist vermutlich zurückzuführen, daß im West-Quadrant in der Umgebung der Stadt Serang Abteilungen des Landheeres konzentriert werden.

Erhebliches Aufsehen hat eine Meldung erregt, wonach der Kommandant des meuternden Panzerkreuzers mehrere Stunden vor dem Ausbruch der Meuterei die Warnung erhalten habe, daß ernsthafte Ereignisse bevorständen. Er scheint aber diese Warnung als unglaubwürdig betrachtet und in den Wind geschlagen zu haben.

Drei Verletzte in Berlin

Berlin, 9. Februar. In Wilmersdorf kam es Mittwochabend zu einer Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zwei Männer wurden durch Armschüsse nicht unerheblich verletzt. Ein junges Mädchen erlitt einen Lungenstichschuß.

Kommunistische Druckschriften beschlagnahmt.

Die Politische Polizei konnte in Berlin einen Lastkraftwagen mit 120 000 Stück (etwa 16 Zentner) einer illegalen kommunistischen Druckschrift sicherstellen. Die Druckschrift war in einer kleinen Druckerei in Kaffel hergestellt worden. Ferner wurden in der Wohnung des Schlossers Winand Kreis in Berlin etwa 40 000 Exemplare eines kommunistischen Flugblattes beschlagnahmt. Bei einer Durchsichtung in Leipzig wurde ein großer Posten hochverrätherischer Schriften der R.P.D. gefunden.

Auffklärung von zwei Mordtaten.

Die Tötung des 27jährigen Arbeiters Martin Geulcher in Harburg am 18. Oktober ist durch das Geständnis eines gewissen Bornemann geklärt worden. Bornemann gibt zu, mehrmals gefesselt worden. Bornemann erregt durch Bedrohungen von Kommunisten erregt gewesen sein. Der Tod des Schlosserslehrlings Neubauer, der in einem Haus in der Wohnung des Schlossers Winand Kreis aufgefunden wurde, hat sich als Unglücksfall herausgestellt. Der Schl. Mann Neubauer hatte sich die Kriminalpolizei und erklärte, Neubauer habe ihm im Verkehrslokal einen geladenen Revolver übergeben wollen. Dabei habe sich ein Schuß gelöst, der Neubauer traf.

Politischer Mord in Gladbach-Neyheit?

Der etwa 30 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Effer ist in der Nacht in Gladbach-Neuerwerk in der Siedlung Engelbeck mit einem Brustschuß tot aufgefunden worden. Von dem Schützen fehlt jede Spur. Es ist noch nicht geklärt, ob die Tat auf politische Hintergründe zurückzuführen ist. Gemisse Anhaltspunkte bestehen dafür. — In der Siedlung Engelbeck hatte sich erst in einer der letzten Nächte ein politischer Zwischenfall ereignet, und zwar war das Haus eines Schl.-Mannes beschlagnahmt worden.

Zwei Todesopfer politischer Zusammenstöße.

Die politischen Zusammenstöße der letzten Tage haben nachträglich zwei weitere Todesopfer gefordert. In Köln ist der Kommunist Radde, der bei der Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in der Nacht zum Montag durch Kopfschuß schwer verletzt wurde, gestorben. In Breslau ist der bei den Zusammenstößen zwischen Polizei und kommunistischen Demonstranten am 31. Januar durch einen Boden-Stichschuß verletzte Arbeiter Richard Kuhmert seiner Verletzung erlegen.

Keine politische Meldungen

Der König von Schweden, der auf der Durchreise nach dem Süden in Berlin weilte, stattete dem Reichspräsidenten einen privaten Besuch ab.

Der Reichspräsident empfing den von Berlin fliehenden ungarischen Gesandten von Karpa in privater Abschiedsaudienz.

Das englische Unterhaus hat die Gesetzesvorlage über die englische Garantie für die österreichische Anleihe in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

Vom südafrikanischen Finanzminister wurde dem Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die notwendigen Maßnahmen vorsieht den Kurs des südafrikanischen Pfundes endgültig an den des englischen zu binden.

Demitt des Reichskommissars für die Osthilfe.

Der Reichskommissar für die Osthilfe stellt zu dem mehrfach vom Berliner „Vorwärts“ gemachten Behauptungen nochmals ausdrücklich fest, daß die Gattin des vormaligen Kaisers weder die Osthilfe in Anspruch genommen noch direkt oder indirekt mit irgend-einer Stelle der Hilfsorganisation Verhandlungen geführt hat. Ferner hat der Leiter des Finanzamtes Kuppin keine in seiner Stellungnahme zum Umschuldungsantrag von Quatz-Adenleben noch außerhalb dieser Stellungnahme die behaupteten oder ähnliche Ausdrücke über die Umschuldung von Adenleben gebraucht.

Neues amerikanisches Einwanderungsverbot.

Die Einwanderungskommission des amerikanischen Repräsentantenhauses nahm eine Gesetzesvorlage an, die Schiffe verbietet, die gemäß dem Einwanderungsgesetz nicht als Einwanderer zugelassen werden dürfen, nach den Häfen der Vereinigten Staaten zu bringen. Der Zweck der Gesetzesvorlage ist, die Aufnahme chinesischer und japanischer Seeleute zu verhindern, die von ihren Schiffen in amerikanischen Häfen befristeten, um sich unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen in den Vereinigten Staaten niederzulassen.

Columbien und Peru.

In dem Konflikt zwischen Columbien und Peru ist, wie verlautet, eine neue Verschärfung eingetreten. Es heißt, daß Columbien beantragen wolle, der Völkerbundarat möge sich auf Grund des Artikels 15 der Völkerverfassung mit dem Streitfall beschäftigen. Der Völkerbundarat würde demnach wahrscheinlich zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden.

Fristerlängerung für Steuererklärungen

Berlin, 9. Februar.

Die Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen für die Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer wird über den 28. Februar 1933 hinaus bis zum 15. März 1933 verlängert.

Oberwiesenthal ehrt den Kanzler

Oberwiesenthal, 9. Februar.

Die Stadt Oberwiesenthal im sächsischen Erzgebirge hat Reichstanzler Hitler in der letzten Stadtverordnetenversammlung das Ehrenbürgerrecht verliehen.

MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühsuppen

